

Die 24-Stunden-Betreuung ist zunehmend unfinanzierbar

Nach 15 Jahren muss die staatliche Förderung endlich erhöht werden, um die Betreuer:innen fair honorieren zu können

Die 24-Stunden-Betreuung ist eine tragende Säule unseres Sozialstaates – aber momentan ist sie massiv gefährdet. Viele Familien können sich die Finanzierung der Betreuung nicht mehr leisten. Noch vertrauen in Österreich 40.000 betreute Menschen und deren Familien – in Summe mehrere hunderttausende Menschen – auf diese Betreuer:innen und deren Unterstützung. Aber das System steht, insbesondere wegen der aktuellen Entwicklung der Preise, die die Familien für Energie und Lebensmittel bezahlen müssen, vor dem Zusammenbruch. Viele Familien werden die Betreuer:innen nicht mehr bezahlen können. Dabei gibt es für diese Familien gar keine Alternativen zur Betreuung ihrer kranken und/oder alten Angehörigen. Heimplätze sind noch viel teurer als die 24-Stunden-Betreuung. Und die Heime sowie die mobilen Dienste klagen über eklatanten Personalmangel.

Wir von der Wirtschaftskammer merken natürlich, wie enorm die Teuerung der vergangenen Monate die Menschen belastet. Viele Waren und Dienstleistungen für das tägliche Leben sind unleistbar geworden. Die Klient:innen, die 24-Stunden-Betreuer:innen beschäftigen, und deren Angehörige fürchten sich vor der Zukunft. Bei ihnen reicht die Pension – zusammen mit dem Pflegegeld und der staatlichen Förderung – kaum mehr oder schon gar nicht mehr aus, um den Betreuer:innen die Honorare bezahlen zu können. Hier setzen wir von der Fachgruppe in der Wirtschaftskammer mit unserer Forderung nach einem Anheben der staatlichen, vom Sozialministerium ausbezahlten Förderung an. Diese Förderung wurde seit ihrer Einführung im Jahr 2007 nicht ein einziges Mal erhöht. Nicht einmal der Wertverlust durch die Inflation über 15 Jahre ist bisher ausgeglichen worden.

Das wollen wir im Interesse der Betreuer:innen und deren betreuten Klient:innen ändern. Wird die Förderung vom Sozialministerium endlich erhöht, können die Klient:innen ihre Betreuer:innen weiter beschäftigen und fair bezahlen.

Für uns ist die Lösung zum Fortbestand der 24-Stunden-Betreuung – im bisherigen Umfang – klar: Zum einen muss die staatliche Förderung von 550 Euro auf zumindest 700 Euro angehoben werden. Dann muss diese Förderung jährlich und nicht nur alle 15 Jahre der Inflation angepasst werden. Insbesondere angesichts der momentanen Teuerung ist das ein Gebot der Stunde.

Die Politik hat – zu Recht – im Regierungspapier Qualität bei der 24-Stunden-Betreuung und bei den Organisationen von Personenbetreuung („Vermittlungsagenturen“) verlangt. Das muss der öffentlichen Hand aber auch etwas Wert sein. Daher sollen Organisationen von Personenbetreuung, sobald sie das ÖQZ-24 Qualitätszertifikat erworben haben, einen Qualitätsbonus ausbezahlt bekommen. Dieses Geld ist notwendig, um die notwendige Qualität und Qualitätskontrolle auch finanzieren zu können.

Dass Sozialminister Rauch die Pflegereform heuer – nach dem jahrelangen Stillstand bei seinen Vorgänger:innen – endlich gestartet hat, ist erfreulich. Unerfreulich ist aber, dass die 24-Stunden-Betreuung darin bisher nicht berücksichtigt wird. Aus der Pflegemilliarde gibt es – zumindest bis jetzt – kein Geld für die 24-Stunden-Betreuung. So schmerzhaft es klingt, aber so ehrlich muss man sein, droht daher – wenn unseren Forderungen nach mehr Geld für die 24-Stunden-Betreuung nicht Rechnung getragen wird – vielen Familien die Unfinanzierbarkeit ihrer Betreuer:innen. ■

Mag. Harald G. Janisch
Fachgruppenobmann der
für die Personenbetreuung
verantwortlichen
Fachgruppe Personen-
beratung & Personen-
betreuung in der Wirt-
schaftskammer Wien



Eine Frage des Geldes.

Wenn 24-Stunden-Kräfte nicht mehr bezahlt werden können, was geschieht dann mit den bisher betreuten Menschen?

Vor 30 Jahren schlug beim Ehepaar Schöfberger das Schicksal erbarmungslos zu. Anneliese Schöfberger hatte einen Schlaganfall. Die Ursache konnte nie wirklich festgestellt werden, doch die Folgen waren dramatisch. „Wir mussten leider bald feststellen, dass eine Gesundung meiner Frau nicht mehr möglich ist. Besonders betroffen ist neben der Beweglichkeit aller Gliedmaßen das Sprachzentrum. Meine Frau kann sich seitdem nicht mehr artikulieren. Seit drei Jahren wird sie außerdem wegen Schluckstörungen künstlich über eine Magensonde ernährt“, schildert Alfred Schöfberger die Beeinträchtigungen.

Vor acht Jahren schaffte er, damals bereits 74 Jahre alt, die Betreuung seiner Frau schließlich nicht mehr alleine. „Ich hatte von der Möglichkeit der 24-Stunden-Betreuung gehört, und so bin ich zu unseren Betreuerinnen gekommen“, erinnert er sich. Beide Betreuerinnen, Ula und Greta, kommen aus Polen und wechseln einander alle 14 Tage ab. Betreuerin Greta gehört seit drei Jahren zur Familie, ihre Kollegin Ula betreut Anneliese Schöfberger bereits seit dem Jahr 2014.

„Ohne die zwei Betreuerinnen hätte ich meine Frau ins Heim geben müssen. Ich selbst war alleine zur Betreuung und Pflege meiner Frau nicht mehr in der Lage“, beschreibt Schöfberger die damalige Notsituation. Was seit 2014 dank der Hilfe der Betreuerinnen gut funktioniert, sieht Schöfberger nun aber gefährdet. „Es ist, wie so vieles im Leben, eine Frage des Geldes. Im Zuge der Pflegereform und Pflegemilliarde wurde die 24-Stunden-Betreuung nicht einmal erwähnt. Mir und vielen tausenden anderen Familien droht das Geld



Betreuerin Ula ist seit 2014 beim Ehepaar Schöfberger.

auszugehen, mit dem ich die Kosten der Betreuerinnen decke“, fürchtet sich Schöfberger vor der Zukunft.

Dabei haben er und seine Frau bereits ein großes Opfer erbracht: Sie haben das über Jahre hinweg errichtete und ausgebaute Wohnhaus verkauft. Aus dem Erlös haben sie sich eine günstigere Wohnung finanziert. Aus der Differenz des Verkaufserlöses werden monatlich mindestens 1.500 Euro fürs tägliche Leben aufgewendet. Schöfberger rechnet vor: „Für die beiden Betreuerinnen haben wir jeden Monat Ausgaben von 3.050 Euro – für Honorare (inkl. Sozialversicherung) und Fahrtgeld. Dem gegenüber stehen 4.150 Euro, die in Summe aus meiner ASVG-Pension, dem Pflegegeld und der Förderung der 24-Stunden-Betreuung bestehen. Es bleiben also nur 1.100 Euro für einen dreiköpfigen Haushalt für Lebensmittel, Hygieneartikel, Energie, Kleidung, etc. Deshalb zahle ich jeden Monat mindestens 1.500 Euro aus dem Hausverkauf zu. So kommen wir drei – meine Frau, die Betreuerin

und ich – mit ca. 2600 Euro über die Runden.

Was Schöfberger und mit ihm viele Betreute und deren Familien besonders trifft, ist das „mangelnde Interesse der Politik“. Während viele in der Politik von der Pflegereform sprechen, ist, so Schöfberger, die Betreuung durch 24-Stunden-Kräfte zu Hause kein Thema. Die staatliche Förderung, die seit 2007 für Betreuung ausbezahlt wird, beträgt 550 Euro und wurde in den vergangenen 15 Jahren nie erhöht. „Nicht einmal die Inflation wurde seitdem mit einer Anpassung abgegolten“, klagt Schöfberger, „so werden die Betreuer:innen regelrecht links liegen gelassen. Und mit ihnen alle, die die Betreuung notwendig haben, um ihren Lebensabend in Würde in den eigenen vier Wänden zu verbringen.“ Schöfberger geht es darum, der Politik die Augen zu öffnen. „Wenn uns das Geld ausgeht, was ist dann mit meiner Frau Anneliese und den vielen anderen alten, kranken Menschen, die es, so wie wir, ohne 24-Stunden-Betreuer:innen nicht schaffen?“ ■